

## Niederschrift (Öffentlicher Teil) Sondersitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie

---

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 22.08.2024  
**Sitzungsbeginn:** 17:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 17:27 Uhr  
**Raum, Ort:** Sitzungssaal des Rates, Rathaus

---

### Anwesenheitsliste

#### Anwesend

##### Vorsitz

Name	Bemerkung
Hans Leo Deumens	

##### Gremienmitglieder

Name	Bemerkung
Nathalie Koentges	
Peter Tillmanns	
Franca Braun	
Birdal Dolan	
Dr. Julia Oidtmann	
Hilde Scheidt	
Dirk Szagunn	
Tim Pils	
Uschi Brammertz	
Mahnaz Syrus	Vertretung für: Anne Eickholt-Schippers
Frank Hansen	
Marion Stickelmann-Klein	Vertretung für: Caline Strack
Nadine van der Meulen	
Markus Mohr	Vertretung für: Michael Wedepohl; ab TOP 26
Dirk Zirbes	
Marie-Jose Schlösser-Al-Janabi	Vertretung für: Baran Yenen
Jutta Hennig	

##### Schriftführung

Name	Bemerkung
Michelle Schmidt	

#### Abwesend

Gremienmitglieder

<b>Name</b>	<b>Bemerkung</b>
Andrea Derichs	entschuldigt
Anne Eickholt-Schippers	entschuldigt
Caline Strack	entschuldigt
Michael Wedepohl	entschuldigt
Dr. Catharina Jacobskötter	entschuldigt
Heike Keßler-Wiertz	entschuldigt
Baran Yenen	entschuldigt

Gäste:

Herr Arnold Schweden, AG Behindertenhilfe (gem. § 58 Abs. 3 GO NRW hinzugezogener Bürger)

## **Tagesordnung**

Öffentlicher Teil

<b>TOP</b>	<b>Betreff</b>	<b>Vorlage</b>
1	Eröffnung der Sitzung	<b>FB 56/0502/WP18</b>
2	Beschluss des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 27. Juni 2024; hier: TOP 4ö "Tagesordnungsantrag der Fraktion Die Linke 'Sachstandsbericht zur Bezahlkarte für Geflüchtete' vom 06. Juni 2024"	<b>FB 56/0511/WP18</b>
3	Mitteilungen der Verwaltung	

## **Protokoll Öffentlicher Teil**

### **Zu 1 Eröffnung der Sitzung ungeändert beschlossen FB 56/0502/WP18**

Der Vorsitzende, Herr Deumens, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Ausschussmitglieder, die Gäste und die anwesenden Vertreter\*innen der Verwaltung sowie die Presse.

Danach ruft der Vorsitzende den Punkt „Hinzuziehung einer Vertretung der Arbeitsgemeinschaft Behindertenhilfe - Herrn Arnold Schweden - gem. § 58 Abs. 3 Satz 6 Gemeindeordnung“ auf. Hierzu erklärt Herr Deumens, dass sich anhand der Tagesordnung seiner Meinung nach die Erforderlichkeit der Hinzuziehung von Herrn Schweden als Vertreter der AG Behindertenhilfe ergebe. Diese Einschätzung des Vorsitzenden findet die einhellige Zustimmung der Ausschussmitglieder und wird einstimmig beschlossen.

Der Ausschussvorsitzende stellt Herrn Birk Müller als neuen, stellvertretenden sachkundigen Bürger der Fraktion „FDP“ dem Gremium vor und bittet ihn, die Verpflichtungsformel zu sprechen. Nachdem Herr Müller diese ausgesprochen hat, heißt der Ausschussvorsitzende ihn herzlich im Ausschuss willkommen.

Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor. Der nachfolgende Beschluss wird einstimmig gefasst.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie genehmigt unter Berücksichtigung der Tagesordnung zur heutigen Sitzung die Hinzuziehung einer Vertretung der Arbeitsgemeinschaft Behindertenhilfe zum öffentlichen Teil der heutigen Sitzung.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

### **Zu 2 Beschluss des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 27. Juni 2024; hier: TOP 4ö „Tagesordnungsantrag der Fraktion Die Linke ‘Sachstandsbericht zur Bezahlkarte für Geflüchtete’ vom 06. Juni 2024“ ungeändert beschlossen FB 56/0511/WP18**

Zu Beginn erläutert der Ausschussvorsitzende, dass der in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie am 27. Juni 2024 gefasste Beschluss zum TOP 4ö „Tagesordnungsantrag der Fraktion Die Linke ‘Sachstandsbericht zur Bezahlkarte für Geflüchtete’ vom 06. Juni 2024“ durch die Oberbürgermeisterin mit Schreiben vom 05. Juli 2024 beanstandet wurde. Der Beschluss müsse in Folge dessen aufgehoben und rechtmäßig neu gefasst werden.

Frau Braun erklärt, dass sich rein inhaltlich gegenüber der bereits umfassenden Beratung der Thematik der Bezahlkarte in der letzten Sitzung des Ausschusses keine Änderungen ergeben hätten und daher von einer erneuten inhaltlichen Beratung abgesehen werden könne. Sie bedankt sich bei der Verwaltung für die neue Vorlage und die Einbringung in die Ratssitzung des 04. September 2024.

Herr Tillmanns äußert sein Bedauern, dass trotz der Einwände von Frau Derichs in der letzten Sitzung des Ausschusses, der Beschluss dennoch gefasst wurde. Die weitere inhaltliche Debatte möchte er im Rat führen.

Hieran anknüpfend weist Herr Deumens darauf hin, dass Herr Hissel bereits in der letzten Sitzung des Ausschusses seine Bedenken hinsichtlich der Formulierung des Beschlusses geäußert, der Ausschuss sich aber dennoch mehrheitlich für die Fassung des Beschlusses ausgesprochen habe. Herr Deumens nimmt auch sich als

Ausschussvorsitzenden in die Verantwortung und bekräftigt, dass er der Beanstandung des Beschlusses Rechnung tragen möchte.

Frau Bürgermeisterin Scheidt weist für die Öffentlichkeit ausdrücklich darauf hin, dass es sich bei der beanstandeten Beschlussfassung lediglich um einen formellen Zuständigkeitsfehler handle und somit die Aufhebung bzw. die Rücknahme dieses Beschlusses keinesfalls inhaltlicher, sondern lediglich formeller Natur sei.

Herr Mohr erklärt seine Verwunderung, dass in der heutigen Sitzung keine inhaltliche Diskussion zur Thematik der Bezahlkarte geführt werde, er akzeptiere dies jedoch. Seitens der AFD möchte man sich von dem Appell gegenüber der Landesregierung distanzieren.

### **Beschluss:**

1. Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie hebt seinen Beschluss vom 27. Juni 2024 zum TOP 4ö, Tagesordnungsantrag der Fraktion Die Linke „Sachstandsbericht zur Bezahlkarte für Geflüchtete“ auf.
2. Der Ausschuss für Soziales und Integration empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen, den nachstehenden Beschluss zu fassen:

Die Einführung einer sogenannten Bezahlkarte für Geflüchtete bringt aus Sicht des Rates der Stadt Aachen keine Vorteile gegenüber der aktuellen Praxis der Stadt Aachen, jedoch viele Nachteile für die Nutzer\*innen. Daher spricht sich der Rat der Stadt Aachen nachdrücklich dafür aus, die Einführung einer Bezahlkarte in Aachen abzulehnen, falls die entsprechende Landesgesetzgebung das zulässt. Die Verwaltung wird gebeten, dies gegenüber der Landesregierung zu kommunizieren. Sofern die Bezahlkarte für die Kommunen verpflichtend eingeführt werden sollte, fordert der Rat der Stadt Aachen die Landesregierung dringend auf, in allen weiteren Beratungen über die Bezahlkarte die folgenden Grundsätze zu berücksichtigen:

- Die Bezahlkarte soll ausschließlich an Menschen mit Sozialleistungsanspruch ausgegeben werden, die über kein Bankkonto verfügen. Bei allen anderen Geflüchteten soll es bei der bisherigen Überweisung der Geldleistungen auf das Konto bleiben.
- Die Bezahlkarte soll das Format von Visacard/Mastercard haben, um eine Stigmatisierung zu verhindern und muss in allen Geschäften nutzbar sein.
- Überweisungen mindestens im Inland müssen möglich bleiben.
- Es soll keine Begrenzung für Bargeldabhebungen geben.
- Es sollen mehrere Bezahlkarten für eine Bedarfsgemeinschaft ausgegeben werden.
- Die Nutzung der Bezahlkarte soll nicht auf bestimmte Regionen oder Branchen beschränkt sein, da Geflüchtete eine lebenswichtige Flexibilität beim Konsum benötigen.
- Die Bezahlkarte soll dem Prinzip des Guthabenkontos folgen, um Verschuldung zu verhindern.
- Die Kommunen sollen keine Kosten tragen.

Sollte die Bezahlkarte verpflichtend, aber mit einem inhaltlichen Gestaltungsspielraum für Kommunen eingeführt werden, wird die Verwaltung beauftragt, die o. g. Punkte nach Möglichkeit für Aachen umzusetzen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Zu 1: Einstimmig

Zu 2: Mehrheitlich, 5 Gegenstimmen, 0 Enthaltungen

### **Zu 3      Mitteilungen der Verwaltung**

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung für den öffentlichen Teil der Sondersitzung vor.

Der Ausschussvorsitzende schließt die öffentliche Sitzung um 17:11 Uhr und bittet um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Hans Leo Deumens  
Ausschussvorsitzender

Michelle Schmidt  
Schriftführerin

Sibylle Keupen  
Oberbürgermeisterin